

"Rote Karte zeigen"

Gudensberg: Stadtverordnete lehnen geplante Stromtrasse Suedlink ab

Empfehlen 11 1 7

0 +

Gudensberg. Mit einer einstimmig verabschiedeten Resolution machten die Gudensberger Stadtverordneten am Freitag klar, was sie von dem Verwirrspiel um die Trassenführung der Gleichstromleitung quer durch den Landkreis halten - nämlich nichts.

wikifolio Rekorde

2177 neue Höchststände im Laufe des letzten Monats



Frank Börner

„Wir wollen heute ein deutliches Zeichen an Tettet geben und zeigen dem Planungsunternehmen die rote Karte“, sagte Bürgermeister Frank Börner.

Bei einem Großprojekt, das mehrere Milliarden Euro kosten werde und bei dem man nicht genau wisse, ob es überhaupt benötigt werde, seien gute Planung, Überzeugungsarbeit und genügend Zeit für eine seriöse Abwicklung erforderlich, sagte Börner.

Doch habe man für Gudensberg inzwischen acht Trassenverläufe, ohne dass ein Gespräch oder eine Information vor Ort stattgefunden hätten. „Diese Vorgehensweise zerstört das

Vertrauen in die Politik“, betonte der Bürgermeister. Man werde sich zusammen mit allen Gemeinden in der Region wehren.

Man dürfe mündige Bürger nicht vor vollendete Tatsachen stellen, kritisierte Jochen Noll (SPD). Vielmehr sei maximale Transparenz wichtig. Noll bezweifelte, dass eine Verlegung der Stromkabel in der Erde tatsächlich viermal teurer sei als eine Freileitung über Masten.

Eine Trassenplanung, die diesen Namen verdiene, gebe es nicht, sagte auch Dieter Heer (CDU). Sie sehe zurzeit so aus, als sei man mit einem Filzstift über die Karte gerutscht. Da es in Hessen keine rechtlichen Grundlagen für eine Trassenführung gebe, seien die Landespolitiker gefordert, meinte Heer.

Gudensberger einbeziehen

Als „wilde Planung“ bezeichnete Marcel Breidenstein (Grüne) die jetzigen Vorschläge. Es sei notwendig, die Leute vor Ort in die Diskussion einzubeziehen. Ziel in Gudensberg sei die Dezentralisierung der Energieproduktion, die Trasse nutze aber nur den großen Energiekonzernen.

Es müsse klarer gefragt werden, ob die Erdverkabelung nicht die bessere Lösung sei, sagte Heinrich Pohlmann (FDP). Bisher gebe es dazu zu wenige Informationen.

In der Resolution fordern die Stadtverordneten, dass der Planungsverlauf durch die Gemarkung wissenschaftlich und wirtschaftlich zu belegen sei. Geprüft werden solle, inwieweit die Trasse unterirdisch verlegt werden könne. Gefordert werden Mindestabstände zur Wohnbebauung und eine Informationsveranstaltung in Gudensberg. (ula)